

Vorgestellt: Ergebnisse der Machbarkeitsstudie

Braunschweig, 04. Mai 2018

Ein gemeinsames Gewerbe- und Industriegebiet von Braunschweig und Salzgitter als nördliche Weiterentwicklung des Industriegebietes Salzgitter ist grundsätzlich umsetzbar. Bedarf für zusätzliche Flächen, insbesondere mit der Widmung Industriegebiet und der Nutzung im 24-Stunden-Betrieb, ist gegeben. Zugleich stellen sich die aufgezeigten Herausforderungen und Konfliktfelder nicht als unüberwindbare Hemmnisse dar. Die Erarbeitung entsprechender Lösungen wird Aufgabe der Verwaltungen im weiteren Verfahren sein.

Zu diesem Ergebnis kommt unter planerischen wie wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Machbarkeitsstudie „Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter“, welche die Oberbürgermeister der beiden Städte, Ulrich Markurth und Frank Klingebiel, am Freitag, 4. Mai, gemeinsam vorgestellt haben. Die Verwaltungschefs werben dafür, im nächsten Schritt die Lösungen und Fördermöglichkeiten zu konkretisieren. Erst wenn die Ergebnisse dieser Untersuchungen vorliegen, soll über die Aufstellung von Bebauungsplänen und die Realisierung des Interkommunalen Gewerbe- und Industriegebietes Braunschweig-Salzgitter verbindlich durch die Räte entschieden werden.

„Ein Interkommunales Gewerbegebiet zwischen unseren Städten ist eine einmalige Chance, die wir im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Region nicht verspielen dürfen“, sagt Braunschweigs Oberbürgermeister Ulrich Markurth. „Wir brauchen neue Gewerbeflächen. Nirgendwo in unserer Region finden wir eine Fläche vergleichbarer Größe, die auch nur annähernd gute Entwicklungschancen, trimodale Verkehrsanbindung und günstige Lage zu Siedlungsschwerpunkten hätte. Die Entwicklung des Vorhabens hat damit eine landesweite Bedeutung. Diese Chance müssen wir ergreifen. Aber ich sage auch klar: Weitere, vertiefte Untersuchungen sind erforderlich. Wir müssen gute Lösungen insbesondere für die verkehrliche Anbindung erarbeiten, und wir brauchen eine Förderung durch das Land. Allein können wir als Kommunen Erschließung und Entwicklung eines solchen Gewerbegebietes nicht finanzieren. Erst wenn diese Fragen geklärt sind, werden wir den Räten einen entsprechenden Entscheidungsvorschlag machen.“

Oberbürgermeister Klingebiel konkretisiert die mögliche Entwicklungsfläche mit rund 145 ha (davon 40 ha Industriefläche) und benennt die Bedingungen, die bis Ende September 2019 zwingend erfüllt sein müssen: „Der Regionalverband Großraum Braunschweig leitet im Einvernehmen mit dem Land Niedersachsen das Änderungsverfahren zur Aufhebung des Vorranggebiets Kiesabbau ein. Das Land Niedersachsen erklärt sich verbindlich bereit, eine 40-prozentige Landesförderung zu den Gesamtkosten zu ermöglichen und stimmt mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr dem Bau einer zweiten Anschlussstelle der A 39 zur K 16 mit einer 60-prozentigen Förderung zu. Darüber hinaus müssen in Abstimmung mit dem zuständigen Verkehrsministerium und der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Maßnahmen ergriffen werden, die die LKW-Verkehrsbelastung in den betroffenen Ortschaften bestenfalls ausschließen oder zumindest deutlich minimieren. Das sind die wesentlichen offenen Punkte, die noch geklärt werden müssen. Und das Ergebnis wird entscheiden, ob und in welchem Umfang die Realisierung am Ende tatsächlich weiter verfolgt werden wird.“

Die Machbarkeitsstudie zeigt auf, dass es in der Region keine vergleichbar große Fläche mit ähnlich guter Eignung gibt. Die zentrale Lage in Europa ist hervorragend. Die Möglichkeit flexibler Grundstückszuschnitte mit trimodaler Anbindung, also an die Binnenschifffahrt, die Eisenbahn und das überregionale Autobahnnetz, ist ein großer Standortvorteil. Es ist sinnvoll, Industrie- und Gewerbebetriebe in der Wirtschaftsregion anzusiedeln bzw. zu halten. Viele kleine Standorte in der Fläche verteilt im Land Niedersachsen stellen keine attraktive Alternative dar.

Betrachtet wurde ein 362 Hektar großes Untersuchungsgebiet vom Forst Stiddien im Norden bis zur Autobahn A 39 im Süden, vom Stichkanal Salzgitter im Westen bis zum Übergabebahnhof Beddingen im Osten. In der summarischen Betrachtung planerischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte ist die Ausdehnung des Gebietes nach Norden zu begrenzen bis zu einer waagerechten Linie, ausgehend vom Bahnhofsgebäude am Übergabebahnhof Beddingen. Damit werden die Bereiche rund um den Ellernbruchsee aus der Entwicklung herausgenommen. Somit würden vom insgesamt 362 Hektar (brutto) großen Untersuchungsraum maximal 211 Hektar (netto, also bebaubare Fläche) verbleiben, die abschnittsweise zu einem Gewerbe- und Industriegebiet entwickelt werden könnten. Jeder Abschnitt für sich ist wirtschaftlich, wobei Synergien für die gemeinsame Entwicklung der ersten beiden Bauabschnitte, insbesondere für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, gehoben werden könnten. Das Planungsgebiet würde Teil des schon bestehenden, bedeutsamen und überregional bekannten Gewerbe- und Industriegebietes entlang des Salzgitter-Zweigkanals.

Die zentralen Aussagen der Machbarkeitsstudie

Die Ausgangslage

Die Städte Braunschweig und Salzgitter sind prägender Teil einer der forschungsintensivsten Regionen Europas und der wichtigsten Industrieregion Niedersachsens. Internationale Konzerne und renommierte Forschungseinrichtungen verschiedenster Fachgebiete sind hier ebenso ansässig wie ein breit gefächertes Mittelstand. Der bemerkenswerte Mix aus Gewerbe- und Industriestätten sowie wissenschaftlichen Einrichtungen schafft die Grundlage dafür, dass sich hier Wirtschaft und Wissenschaft perfekt ergänzen – so sind tragfähige Strukturen und ein Klima für Kooperationen entstanden, die Innovationen begünstigen. Die wirtschaftliche Stärke und Innovationskraft der Region in Verbindung mit der hervorragenden Lage mitten in Europa machen die Region zu einem attraktiven Standort.

Braunschweig und Salzgitter benötigen zusammen bewertet weitere Flächen zur Ansiedlung von Betrieben, da der Bedarf das aktuell vorhandene Angebot quantitativ und qualitativ übersteigt. Bislang ungenutzte Flächenpotenziale entsprechen häufig nicht den Anforderungen ansiedlungswilliger Unternehmen. Denn aufgrund differenzierter Bedürfnisse ist nicht jede Fläche für jedes Unternehmen geeignet. Einige Unternehmen benötigen besondere Standortqualitäten und können sich beispielsweise nur auf für Gewerbe oder Industrie geeigneten Flächen ansiedeln.

Weder Braunschweig noch Salzgitter können solche Industrieflächen momentan in ausreichendem Umfang anbieten. Zugleich ist die hier bewertete Fläche seit Jahrzehnten in den Flächennutzungsplänen für die Erschließung als Gewerbe- und Industriegebiet vorgesehen. Sogar regional ist dieser Mangel an großen, zusammenhängenden und industriegeeigneten Flächen festzustellen. Wenngleich sich die Wirtschaft auch im Zuge der Digitalisierung wandelt, wird die Industrie für den Standort Deutschland weiterhin eine tragende Rolle spielen.

Insbesondere in der wichtigsten Industrieregion Niedersachsens sind Flächen zur Erweiterung der bestehenden und zur Ansiedlung neuer Industriebetriebe unbedingt notwendig, wenn unsere Region nicht an Bedeutung für diese zentralen Wirtschaftszweige und damit maßgeblich an Arbeitsplätzen in diesem Segment verlieren soll. Gerade für die Zukunft gewerblicher Arbeitsplätze im produzierenden Bereich und in der Logistik ist es unabdingbar, dass Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung stehen, denn nur dort können die Betriebe errichtet werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des intensiven Wohnungsbaus in verdichteten Lagen der Städte und der nachbarschaftlichen Konflikte zwischen Wohnen und Betrieben in gewachsenen Lagen, in deren Zuge die Verlagerung von Betrieben notwendig wird. Die Machbarkeitsstudie arbeitet die überragende Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes und der Industrie in Braunschweig und Salzgitter heraus. Diese überragende Beschäftigungsbedeutung muss für die Zukunft gesichert werden und erfordert eine entsprechende gewerbliche Flächenvorratspolitik.

Der Kooperationsansatz

Der interkommunale Kooperationsansatz zur Ausweisung eines gemeinsamen Gewerbe- und Industriegebietes stellt die bedarfsgerechte Entwicklung der benötigten Gewerbe- und Industrieflächen über kommunale Grenzen hinweg dar, stärkt beide Standorte und fördert den Regionsgedanken. Durch ein großes gemeinsames Gewerbe- und Industriegebiet würden auch Braunschweig und Salzgitter die interkommunale Zusammenarbeit weiter intensivieren und ihre Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken. Braunschweig und Salzgitter würden zusammenwachsen, um zusammen wachsen zu können.

Die Chance

Das Gebiet zwischen Stiddien und Beddingen bietet die besten Voraussetzungen für die Umsetzung dieser interkommunalen Kooperation. In keinem anderen Bereich beider Städte und der Region gibt es vergleichbar günstige verkehrliche Bedingungen. Der Standort zeichnet sich insbesondere durch die vorhandene Trimodalität aus Autobahnnähe, Hafen und Gleisanschluss aus. Es gibt auch keine vergleichbar großen Flächen, die sich für industrielle und gewerbliche Nutzung eignen, weil andere Flächen mit ähnlicher Größe zu geringe Abstände zu Wohngebieten aufweisen und deshalb aus Immissionsschutzgründen nicht nutzbar sind. Angesichts des akuten Wirtschaftsflächenmangels ist das Vorhaben aus Sicht der Verwaltungen beider Städte notwendig für die wirtschaftliche Entwicklung Braunschweigs, Salzgitters und der Region. Der neue Standort bietet Unternehmen einen direkten Zugang zu den Fachkräftekompetenzen beider Städte und erreicht damit eine neue Qualität. Beide Städte haben damit die Chance, die Unternehmenslandschaft zu diversifizieren, mit Betrieben und Institutionen aus produzierendem bzw. verarbeitendem Gewerbe, Industrie, Forschung, Dienstleistungen, Logistik, Handel, etc. Damit werden zukunftsfähige Unternehmen und Arbeitsplätze erhalten und geschaffen, und die Standort-Resilienz beider Städte nachhaltig gesichert bzw. weiter gestärkt.

Den geplanten Flächen wird durch ihre Lage, Größe und weitere Merkmale eine Qualität attestiert, die am Markt aktuell selten bis gar nicht zu finden ist. Aus gutachterlicher Sicht ist das Projekt Interkommunales

Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter wirtschaftlich umsetzbar und wird den beiden Städten und der heimischen Wirtschaft vielversprechende Zukunftsperspektiven ermöglichen. Über die Gründung einer gemeinsamen Projektgesellschaft soll die Erschließung und Vermarktung erfolgen. Das kommunale Unternehmen kann über Bürgschaften beider Städte Kommunalkredite in Anspruch nehmen. Eine direkte Belastung der Haushalte erfolgt nicht.

Die Umsetzung

Die Machbarkeitsstudie empfiehlt, von Süden nach Norden 211 Hektar von untersuchten 362 Hektar zu entwickeln, unterteilt in drei Bauabschnitte in einem prognostizierten Zeitraum von etwa 40 Jahren. Die Realisierung der einzelnen Bauabschnitte soll mit einer gesonderten Beschlussfassung durch die Räte der beiden Städte eingeleitet werden. Somit erfolgt die Entwicklung des Interkommunalen Gewerbe- und Industriegebietes an der Nachfrage orientiert. Mit der Entwicklung allein der ersten beiden Bauabschnitte könnten rund 2.700 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Herausforderungen und Konfliktfelder

- Eigentum

Etwa die Hälfte der Bruttobauflächen sind bereits zusammenhängend im Eigentum der Städte Braunschweig und Salzgitter. Die Abfrage der Verkaufsbereitschaft zeigt, dass für elf Prozent der zu erwerbenden Flächen keine Verkaufsbereitschaft besteht. Es sind insbesondere die Landwirte im Nordosten des Untersuchungsgebietes, die ihren Betrieb fortführen wollen. Die anderen Grundstückseigentümer haben signalisiert, Verhandlungen zu einem Verkauf oder Flächentausch führen zu wollen.

- Verkehr

Die Berechnungen des Verkehrsgutachtens zeigen, dass die vorhandenen Straßen und Kreuzungen zur A 39 hin nicht ausreichen, um den zusätzlichen Verkehr aufnehmen zu können. Ein Ausbau der Verkehrsanlagen wird deshalb erforderlich. Als sehr effektive Maßnahme zur möglichst direkten Führung des zusätzlichen Verkehrs auf das Autobahnnetz wird der Bau einer neuen Anschlussstelle an die A39 von der K16 empfohlen. Hierdurch können auch größere zusätzliche Verkehrsmengen direkt auf das Autobahnnetz geführt werden. Die vorhandene Anschlussstelle Salzgitter-Thiede würde entlastet und potenzielle Durchgangsverkehre würden reduziert.

Um im Rahmen des zu erstellenden Mobilitätskonzeptes einen Anteil von mindestens 25 Prozent der Personenverkehre mit Bus und Bahn, dem Fahrrad oder als Mitfahrer im Pkw erreichen zu können, ist die Konzeption neuer Bus- oder Bahnlinien erforderlich.

- Lärm

Die Ausweisung eines Industriegebietes ist an strenge Auflagen des Schallschutzes gekoppelt. Für eine sogenannte 24-Stunden-Nutzung (rund um die Uhr) an sieben Tagen in der Woche darf die vorhandene umliegende Wohnbebauung nicht über Gebühr mit Schallimmissionen belastet werden. Das Ergebnis zeigt, dass die industrielle Nutzung mit nächtlichem Fahrverkehr auf den innenliegenden Teil des Planungsgebietes zu beschränken ist.

- Ausschluss nukleartechnischer Betriebe

Die politischen Gremien der Städte Braunschweig und Salzgitter haben ihrem Willen Ausdruck verliehen, die Zulässigkeit von Nutzungen mit radioaktiven Stoffen im Baugebiet auszuschließen. Die Machbarkeitsstudie zeigt die in erster Linie zivilrechtlichen Möglichkeiten auf, um dies zu erreichen. Braunschweig und Salzgitter können den Ausschluss einer Ansiedlung von atom- oder strahlenschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen oder von Gewerbebetrieben, in denen radioaktive Stoffe anfallen können, auch in Grundstückskaufverträgen oder sonstigen städtebaulichen Verträgen mit Grundeigentümern vereinbaren. Bei Grundstückskaufverträgen kann die Ansiedlungssteuerung zudem bereits durch die Käuferauswahl sowie durch die Vereinbarung von Rück- und Vorkaufsrechten für den Fall einer Verletzung der Unterlassungspflicht oder der Weiterveräußerung erfolgen. Konkrete Nutzungsausschlüsse können dabei vor allem durch vertragliche Unterlassungsverpflichtungen nebst Rechtsnachfolgeklauseln geregelt werden.

- Umwelt- und Artenschutz

Das Gutachten zur Artenerfassung zeigt, dass bei der Umsetzung von drei Bauabschnitten Kompensationsflächen in einer Größe von rund 160 Hektar – zusätzlich zu den Tauschflächen für Landwirte – erforderlich sind. In einem Kompensationsflächenkonzept soll aufgezeigt werden, wie möglichst gleichzeitig die Belange des Biotop- und Bodenschutzes als auch die Belange des Artenschutzes (insbesondere Feldhamster) befriedigt werden können.

- Klima

Grundlage ist die Stadtklimanalyse 2012. Eine Bebauung ist grundsätzlich möglich bzw. ausgleichbar aus klimatischen Aspekten. Es sind keine besonderen nachteiligen Auswirkungen auf vorhandene Ortsteile zu erwarten. Potenzielle Emissionen des Gebiets werden schnell verdünnt und abtransportiert.

- Boden

Die Böden im Untersuchungsgebiet haben eine hohe Wertigkeit für die Landwirtschaft (Braunschweig-Hildesheimer Lößbörde). Hier finden sich Ackerzahlen von 75 bis 90.

Der Weg zur Machbarkeitsstudie

Den Vorschlag, eine Machbarkeitsstudie für die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes nördlich der A39 an der Stadtgrenze zwischen Braunschweig und Salzgitter zu erstellen, hatten die Oberbürgermeister Frank Klingebiel und Ulrich Markurth im April 2016 gemeinsam den Ratsgremien beider Städte und der Öffentlichkeit unterbreitet. Die beiden Räte von Braunschweig und Salzgitter beauftragten Mitte 2016 beide Verwaltungen, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, bevor politisch über das Interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet entschieden wird. Seither wurde an der Studie gearbeitet.

So geht es weiter

Die Machbarkeitsstudie zum Interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salgitter wird zur Kenntnis genommen. Variante 4 (siehe die anhängende Machbarkeitsstudie) wird nicht weiterverfolgt. Die aufgezeigten Varianten 1 und 2 werden weiter verfolgt unter folgenden Bedingungen:

- Der Regionalverband Großraum Braunschweig hebt im Einvernehmen mit dem Land Niedersachsen das Vorranggebiet Kiesabbau auf;
- Das Land Niedersachsen erklärt sich verbindlich bereit, eine 40-prozentige Landesförderung zu den Gesamtkosten zu ermöglichen;
- Das Land Niedersachsen und die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr stimmen dem Bau einer zweiten Anschlussstelle der A 39 zur K 16 zu und sichern eine 60-prozentige Förderung zu;
- Maßnahmen zur Lenkung des Lkw-Verkehrs, insbesondere im Stadtgebiet Salzgitter, werden mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung abgestimmt, mit dem Ziel, die Lkw-Verkehrsbelastung in den betroffenen Ortschaften deutlich zu minimieren oder sogar ganz auszuschließen, und im Rahmen der Realisierung umgesetzt;
- Eine Mobilitätsstudie erarbeitet Maßnahmen für den ÖPNV, den Radverkehr und zur Förderung von Mitfahrern in Pkw, um den ambitionierten Anteil von 25 Prozent am Verkehrsaufkommen im Umweltverbund zu erreichen.
- Die Verwaltungen der Städte werden beauftragt, die offenen Fragen zu klären und über den Fortgang der Gespräche mit den beteiligten Ministerien und Behörden zu berichten. Bis Ende September 2019 werden belastbare Ergebnisse, insbesondere zu den erforderlichen Landesförderungen, erwartet, die notwendigen Bedingungen für die Weiterentwicklung des Gesamtprojektes sind.
- Auf Grundlage der Abstimmungsergebnisse können die Räte beider Städte bis spätestens Ende 2019 über die abschnittsweise Realisierung des Interkommunalen Gewerbe- und Industriegebietes Braunschweig-Salgitter entscheiden.

4000 Arbeitsplätze für die Region

Nördlich der A 39 (die auf der Karte versehentlich als A 391 bezeichnet ist), östlich des Stichkanals Salzgitter sowie westlich einer Bahnstrecke (magenta) liegt das Gebiet. Grafik: Stadt Braunschweig

Die Oberbürgermeister von Salzgitter, Frank Klingebiel (li.), und Braunschweig, Ulrich Markurth, sehen in einem interkommunalen Gewerbegebiet ihrer Städte große Chancen für die Region. Foto: Konrad

Studie hält interkommunales Gewerbegebiet für umsetzbar.

Von Andreas Konrad, 04.05.2018.

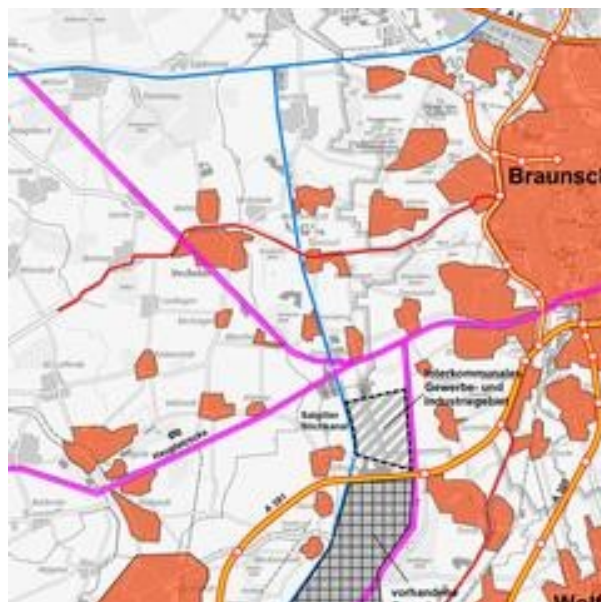
Salzgitter/Braunschweig. „Ein interkommunales Gewerbegebiet zwischen unseren Städten ist eine einmalige Chance, die wir im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Region nicht verspielen dürfen“, sagt Braunschweigs Oberbürgermeister Ulrich Markurth. Und sein Kollege aus Salzgitter, Frank Klingebiel, ist am Freitag bei der Präsentation einer Machbarkeitsstudie im Rathaus von Salzgitter gleicher Meinung.

Es geht um eine rund 145 Hektar große Entwicklungsfläche, darunter circa 40 Hektar für rund um die Uhr an sieben Wochentagen produzierende Industrie, vom Forst Stiddien im Norden bis zur Autobahn 39 im Süden, vom Stichkanal Salzgitter im Westen bis zum Übergabebahnhof Beddingen im Osten. Rund 125 Millionen Euro sollen allein in die ersten beiden von drei Bauabschnitten investiert werden, ab 2024 könnten dort über 4000 Arbeitsplätze entstehen, so die Aussichten der Gutachter. Es gäbe keine vergleichbare Fläche in ganz Niedersachsen, sagen die Oberbürgermeister, insbesondere die Lage zwischen den Städten, die Größe der zusammenhängenden Fläche und eine mögliche Anbindung an Bahn, Kanal und Autobahn sei einzigartig.

Klingebiel und Markurth präsentierten vor der Presse den zuständigen Räten beider Städte das Ergebnis der Machbarkeitsstudie. Von ihrem Auftrag hängt es ab, ob das Projekt weiter verfolgt werden soll. Im Juni diesen Jahres entscheiden die Räte, ob eine grundsätzliche Zustimmung besteht, im September 2019 schließlich, ob konkret gebaut werden soll, wenn bis dahin drei Grundbedingungen positiv erfüllt sind.

„Der Regionalverband Großraum Braunschweig leitet im Einvernehmen mit dem Land Niedersachsen das Änderungsverfahren zur Aufhebung des Vorranggebiets Kiesabbau ein“, nennt Klingebiel die erste von drei Grundbedingungen. Hintergrund ist, dass ein zentraler Teil des Gebietes momentan als Reservefläche für Kiesabbau vorgesehen ist und umgewidmet werden müsste.

„Das Land Niedersachsen erklärt sich verbindlich bereit, eine 40-prozentige Landesförderung zu den Gesamtkosten zu ermöglichen, und stimmt mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und



Verkehr dem Bau einer zweiten Anschlussstelle der A 39 zur K 16 mit einer 60-prozentigen Förderung zu“, so Klingebiel zur zweiten Grundvoraussetzung. Dazu habe man bereits positive Signale vom Land, ergänzt Markurth.

Und als dritter Punkt sollen Maßnahmen ergriffen werden, die die Lkw-Verkehrsbelastung in den angrenzenden Ortschaften bestenfalls ausschließen. Dazu sei die Anschlussstelle der A 39 unumgänglich.

Alle anderen Punkte, wie zum Beispiel Ausgleichsflächen, Lärmschutz, Klima, Flora und Fauna, seien laut der Studie zwar nicht problemfrei, aber insgesamt beherrschbar und würden erst nach der Entscheidung der Räte 2019 angegangen werden. Auch ein Punkt, der beiden Oberbürgermeistern besonders wichtig ist: Es soll verhindert werden, dass sich dort Firmen ansiedeln, die im nuklearen Bereich tätig sind. Um das zu erreichen, zeigt die Studie hohe rechtliche Hürden auf.

Dass es insbesondere in Braunschweig an Gewerbeflächen fehle, unterstreicht der Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig und Geschäftsführer der Braunschweig Zukunft GmbH, Gerold Leppa. Nichts zu tun, bedeute auf jeden Fall Rückschritt.

Die komplette Machbarkeitsstudie mit allen Gutachten ist ab sofort im Internet unter www.braunschweig-salzgitter.de für alle Bürger einzusehen. Die beiden Oberbürgermeister laden darüber hinaus alle Interessierten zur Vorstellung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie ein. Los geht es am Montag (7. Mai) um 18.30 Uhr (Einlass ab 18 Uhr) im Großen Saal der Stadthalle Braunschweig am Leonhardplatz.

[Peter Rosenbaum](#) aus [Braunschweig - Innenstadt](#) | 04.05.2018 | 19:08

Nö, Herr Konrad - bei der Vorstellung der Machbarkeits-Untersuchungen für die beiden Räte SZ und BS heute Vormittag kam ganz etwas anderes heraus:

Schacht Konrad mit dem Übergabebahnhof Beddingen/Stiddien bleibt der Pferdefuß für das geplante interkommunale Gewerbegebiet.

Klima, Lärm, Verkehrsbelastungen bis hin zum Feldhamster - auf alle aufgeworfenen Fragen fanden die Experten bei der Vorstellung der Machbarkeitsstudie am heutigen Freitag für die Räte der Städte SZ und BS plausible Antworten - das alles sei machbar, zumal man das untersuchte Gebiet auf Zweidrittel (211 ha in drei Bauabschnitten) der ursprünglich gedachten 362 ha reduzieren wolle.

Nur mit der Bedingung der Räte, atom-affines Gewerbe rechtssicher von vornherein auszuschließen, tat man sich schwer; planbar nach öffentlichem Recht sei das wohl nicht, aber ggf. einzelvertraglich mit den Gewerbebetrieben zu regeln.

"Wir können und werden festlegen, an welche Firmen wir die Grundstücke verkaufen und an welche nicht", so der Appell des Braunschweiger Oberbürgermeisters Markurth, der Ausschluss von atomaren Stoffen und Produktionen müsse dann eben auch grundbuchlich per Dienstbarkeit festgeschrieben werden.

Das gelte auch für Logistik-Unternehmen, die zu verpflichten seien, bestimmte Stoffe dort nicht zu transportieren.

Wie das gehen soll, zumal dort der große und längst designierte Übergabebahnhof Beddingen/Stiddien für Schacht Konrad an das Plangebiet angrenzt, blieb unklar.

In einer alternativen Machbarkeitsstudie der Bürgerinitiative Südwest (die BZ hatte vor wenigen Tagen darüber berichtet) war das heutige Szenario bereits so erwartet worden.

Die BI's sehen sich in ihren Positionen bestätigt!

Die Räte sollen noch im Juni 2018 entscheiden, ob die Planungen auf der nun vorliegenden Grundlage weiter geführt werden sollen, oder ob sie gestoppt werden.

Neues Industriegebiet: "Es wird nicht stinken"

- Vorstellung Machbarkeitsstudie zum neuen Gewerbe- und Industriegebiet
- Gebiet umfasst 145 Hektar und kostet 125 Millionen Euro
- Ansiedlung von 24/7-Industrie geplant

Braunschweig/Salzgitter. Das geplante interkommunale **Gewerbe- und Industriegebiet** auf der Gemarkung der beiden Nachbarstädte **Braunschweig** und **Salzgitter** ist aus Sicht von Gutachtern "ambitioniert, aber machbar". Vorgeschlagen wird die Erschließung in insgesamt drei Bauabschnitten, wobei die Städte zunächst die Phasen eins und zwei näher ins Auge fassen. Das neue Gewerbe- und Industriegebiet hätte nach Abschluss dieser Abschnitte eine Größe von 145 Hektar - anstatt wie bisher geplant 362 Hektar.

Projekt kostet 125 Millionen Euro

Dieses Ergebnis der sogenannten Machbarkeitsstudie stellten die beiden Oberbürgermeister **Ulrich Markurth** (SPD, Braunschweig) und **Frank Klingebiel** (CDU, Salzgitter) am Freitag in Salzgitter vor. Grund für die deutliche Verkleinerung des Gebietes ist der Wegfall von Bauflächen im Norden rund um den **Ellernbruchsee**. Trotzdem sind sich die Politiker einig: "So ein Gewerbe- und Industriegebiet ist in ganz Niedersachsen einzigartig." Die Bauabschnitte eins und zwei würden insgesamt **125 Millionen Euro** kosten.

Insgesamt müssen drei **Grundvoraussetzungen** geschaffen werden, bevor sich mit einer detaillierten Planung beschäftigt werden kann:

- Das Vorranggebiet "Kiesbau" muss aufgehoben werden
- Das Land muss insgesamt 40% der Gesamtkosten sowie 60% der Autobahnkosten tragen
- Die Verkehrsproblematik muss gelöst werden

Vor allem der letzte Punkt bereitet den Gremien Kopfzerbrechen: "Der Bau einer neuen Anschlussstelle würde 39 Millionen Euro kosten und etwa zehn Jahre dauern. Das ist ambitioniert, aber realistisch", so **Michael Tacke**, **Stadtbaurat** der **Stadt Salzgitter**. Im Gespräch sind auch Radschnellwege, Pendelbusse und sogar neue Mitfahrer-Apps.

Industrie non stop

"Das sind schon große Brocken", erklärte Frank Klingebiel. "Wir könnten in der ersten Liga der **Industriepolitik** Deutschlands spielen. Das ist eine große Chance für die ganz Region", ergänzte Markurth. Damit gemeint ist die Ansiedlung von **24/7-Industrie** - also Firmen, die Tag und Nacht jeden Tag in der Woche produzieren. Anwohner müssten dann mit einer **Lärmbelastung** von bis zu **60 Dezibel** rechnen - das ist etwa so laut wie ein Rasenmäher aus zehn Metern Entfernung. Markurth kann zumindest in einem Punkt beruhigen: "Wir wollen keine Schlote - es wird nicht stinken."

Keine Nuklear-Industrie

Die Städte möchten in dem Gebiet ausdrücklich keine **Nuklear-Industrie**, wollen sich durch zivilrechtliche Kniffe absichern. "Wir achten auf die Käufer und bauen in den Kaufvertrag Hürden ein, die es für ein nukleares Unternehmen äußerst unattraktiv machen, sich hier anzusiedeln", hieß es dazu in der Pressekonferenz.

Bereits im Vorfeld hatte es [von Gegnern zahlreich Protestaktionen](#) gegeben; sie fürchten unter anderem um wertvolle Ackerflächen und die Mehrbelastung durch den entstehenden Verkehr.

Im **Juni** wird die Machbarkeitsstudie in den einzelnen **Orts-** und **Bezirksräten** vorgestellt. Wird der Vorschlag positiv aufgenommen, wollen die Gremien bis Ende September 2019 die Kernfragen klären. Erste Vorgespräche mit dem Land verliefen bisher positiv.

Gewerbegebiet BS/SZ: Grundvoraussetzungen müssen geklärt werden

4. Mai 2018 von [Sandra Zecchino](#)

Frank Klingebiel und Ulrich Markurth stellen die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie vor. Foto: Sandra Zecchino

Salzgitter/Braunschweig. Am heutigen Freitag stellten die Oberbürgermeister Frank Klingebiel, Stadt Salzgitter, und Ulrich Markurth, Stadt Braunschweig, die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für das interkommunale Gewerbegebiet vor. Nun hoffen sie auf die Zustimmung der Räte die notwendigen Bedingungen für die Weiterentwicklung schaffen zu können.

Das interkommunale Gewerbegebiet war von Anfang an eine riesige Herausforderung und noch könne nicht beantwortet werden, ob alle Aspekte gelöst werden können, so Markurth. „Aber nach zwei Jahren Machbarkeitsstudie sind wir davon überzeugt, dass es sich lohnt, sich der Aufgabe zu stellen.“

Vor fast zwei Jahren, Mitte 2016, entschieden die Räte der Stadt Salzgitter und der Stadt Braunschweig, dass eine umfassende Machbarkeitsstudie für ein interkommunales Gewerbegebiet erstellt werden solle. Und das Ergebnis der Studie bekräftigt die beiden Politiker, weiter an dem Projekt zu arbeiten. „In ganz Niedersachsen gibt es keine vergleichbare Fläche“, hob Markurth eines der Ergebnisse der Studie hervor. Die Gründe dafür seien laut Studie die zentrale Lage in Europa, die möglichen flexiblen Grundstückszuschnitte sowie die Verkehrsanbindung mit der Binnenschifffahrt, dem Autobahnnetz und den Bahnanschlüssen.

Drei zentrale Herausforderungen

Ob sie politisch für das Projekt werben werden, könnten die beiden Oberbürgermeister auch nach den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie noch nicht. Doch sie hoffen darauf, dass sie im Juni die Erlaubnis der Räte bekommen werden, die drei ihrer Meinung nach größten Herausforderungen anzugehen.

Vorangebiet Kiesabbau

Im südlichen Bereich des angedachten zukünftigen Gewerbegebietes befindet sich ein Bereich, der für die Sicherstellung des Kiesabbaus vorgesehen ist. Für die Realisierung der Pläne ist es notwendig, dass das Land Niedersachsen damit einverstanden ist, dass der Regionalverband Großraum Braunschweig dieses aufhebt. Wenn das nicht geschehen sollte, gäbe es kein Gewerbegebiet, betont Klingebiel

Fördermittel durch das Land

Insgesamt werde aktuell mit einer Investitionssumme von 125 Millionen Euro für die ersten beiden Bauabschnitte gerechnet und das sei eine Summe, die die beiden Städte nicht allein tragen könnten. Deshalb hoffen sie auf entsprechende Fördermittel vom Land. Auch wenn das Land bereits signalisiert habe, dass sie die Region dementsprechend unterstützen werden, sei eine verbindliche Zusage von einer 40-prozentigen Landesförderung eine Grundvoraussetzung für eine Umsetzung.

Verkehrskonzept

Um Sicherzustellen, dass der LKW-Verkehr die umliegenden Orte nicht belastet, soll eine weitere Autobahnabfahrt von der A39 entstehen. Dass das Land Niedersachsen dem Bau zustimmt und gleichzeitig eine 60-prozentige Förderung zusichert ist eine weitere Voraussetzung.

Zusätzlich sollten laut Planung 25 Prozent der zukünftigen Arbeitnehmer im Umweltverbund, das bedeutet mit dem Öffentlichen Nahverkehr, mit dem Fahrrad oder mit Fahrgemeinschaft, ihren Arbeitsplatz erreichen. Dafür müsse eine entsprechende Mobilitätsstudie erarbeitet werden.

Weiteres Vorgehen

Erst wenn diese Fragen geklärt werden, könnte der Fokus auf Detailfragen gerichtet werden, betonen die Klingebiel und Markurth. Und damit das geschieht, werden die beiden im Juni in den jeweiligen Räten Anträge vorlegen, damit diese Aspekte bearbeitet werden können. Die Ergebnisse sollen bis September 2019 vorliegen, damit die Räte bis Ende 2019 entscheiden können, ob das interkommunale Gewerbegebiet umgesetzt wird oder nicht.

Am kommenden Montag bekommen die Einwohner um 18.30 Uhr in der Stadthalle Braunschweig die Möglichkeit, sich über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zu informieren und ihre Meinung dazu zu äußern. Zusätzlich sind die gesamte Studie unter <https://www.braunschweig-salzgitter.de> für jeden einsehbar.



Gewerbegebiet Braunschweig-Salzgitter: Vorhaben laut Expertise „grundsätzlich umsetzbar“

Die Pläne für ein gemeinsames Gewerbegebiet der Städte Braunschweig und Salzgitter sind grundsätzlich umsetzbar – allerdings in kleinerem Umfang und unter bestimmten Bedingungen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Machbarkeitsstudie, die heute (Freitag) von den Oberbürgermeistern beider Städte vorgestellt wurde. Knackpunkte sind demnach unter anderem die Finanzierung, die Autobahn-Anbindung und die Belastung für die betroffenen Ortschaften durch das höhere LKW-Aufkommen. Z Unter planerischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gebe es keine unüberwindbaren Hindernisse. Und wo Konfliktpotential bestehe, sei es Aufgabe der Stadtverwaltungen, darauf Antworten zu finden, so die Expertise. Wie berichtet, hatte die Kritik am geplanten Gewerbegebiet im Bereich Stiddien-Beddingen zuletzt massiv zugenommen. Wesentliche Gegenargumente sind die Zerstörung wertvoller landwirtschaftlicher Flächen, ein drohender Verkehrskollaps und die Sorge vor einer möglichen Ansiedlung der Atommüll verarbeitenden Industrie. Salzgitters OB Frank Klingebiel und sein Braunschweiger Amtskollege Ulrich Markurth sprachen sich heute dafür aus, zunächst weitere, vertiefende Untersuchungen zu veranlassen. Erst danach werde man den Ratsgremien konkrete Vorschläge für eine mögliche Umsetzung machen. Die jüngste Entwicklung in Sachen Gewerbegebiet Braunschweig-Salzgitter ist am Montagmorgen ab 7 Uhr auch Thema in "Region aktuell" auf Radio Okerwelle.

Gewerbegebiet BS/SZ: Grünenfraktion lehnt weitere Planungen ab

4. Mai 2018 - regional-Braunschweig.de - Fotos: Bündnis 90/Die Grünen

Salzgitter/Braunschweig. Am heutigen Freitag stellten die Oberbürgermeister Frank Klingebiel, Stadt Salzgitter, und Ulrich Markurth, Stadt Braunschweig, die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für das interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet Stiddien-Beddingen vor (regionalHeute.de berichtete).

Nun hoffen sie auf die Zustimmung der Räte, die notwendigen Bedingungen für die Weiterentwicklung schaffen zu können.

Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Braunschweig stößt das Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig/Salzgitter auf Kritik. In einer Pressemitteilung nahmen Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Mühlnickel sowie der wirtschaftspolitischen Sprecher Helge Böttcher zu der heutigen Vorstellung der Machbarkeitsstudie Stellung und fordern, dass das Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig/Salzgitter nicht weiterverfolgt werden soll. Wir veröffentlichen die Stellungnahmen ungekürzt und unkommentiert.



Dr. Rainer Mühlnickel:

Die Resultate der Machbarkeitsstudie zum Gewerbe- und Industriegebiet Stiddien-Beddingen finden wir ziemlich enttäuschend und wenig überzeugend. Das Motto der Untersuchung scheint „Weiter so wie bisher“ gewesen zu sein. Inhaltliche Ansätze zu einer ökologischen Modernisierung der regionalen Wirtschaft sucht man in der Stellungnahme der Oberbürgermeister leider vergeblich. An keiner Stelle werden Überlegungen angestellt, wie wir die ökonomische Entwicklung ohne derart gravierende Eingriffe in Natur und Landschaft voranbringen können. Zu manchen Aspekten – z. B. zum Klima(schutz) – werden nur sehr dürrtliche Aussagen getroffen, eine Ökobilanz fehlt bedauerlicherweise völlig.

Ulrich Markurth und Frank Klingebiel vertreten hier eine Position des ungebremsten Wachstums, so als hätte es nie eine Diskussion um die Grenzen und die zerstörerischen Folgen dieses Wachstums gegeben. Auch wenn das Gebiet nur in kleinerem Umfang und unter bestimmten Bedingungen umgesetzt werden soll: Beide Verwaltungschefs wollen diese angeblich „einmalige Chance“ unbedingt ergreifen. Es geht also jetzt nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie. Wir Grünen haben immer betont, dass wir dieses Großprojekt zwar ergebnisoffen prüfen, aber nicht in jedem Fall realisieren wollen. Nun entscheiden wir uns wegen der immensen negativen Auswirkungen gegen die Umsetzung.



Helge Böttcher:

Die Machbarkeitsstudie zu erstellen war sinnvoll und wir stehen nach wie vor zu diesem Prüfauftrag. Anhand der vorliegenden Studie haben wir uns aber nun dazu entschlossen, von weiteren Planungen abzusehen. Es gibt zwar einen abstrakten Bedarf an Gewerbe- und Industrieflächen, wir dürfen die wirtschaftliche Entwicklung aber nicht um jeden Preis auf Kosten von Natur und Lebensqualität vorantreiben.

Fruchtbarster Ackerboden, der deutschlandweit eine sehr hohe Qualität hat, wäre dauerhaft verloren. Ein ungelöstes Problem ist außerdem die massive Verkehrsbelastung. 75 Prozent der An- und Abfahrten zu dem Gelände sollen mit dem LKW oder dem PKW erfolgen. Das wird schon als ehrgeiziges Ziel ausgegeben, da der prozentuale Anteil normalerweise bei 90 Prozent läge. Für die

Anwohnerinnen und Anwohner in den umliegenden Dörfern ist aber auch diese Menge nicht hinnehmbar.

Die „trimodale Verkehrsanbindung“ des Gebietes wird zwar als Pluspunkt genannt, in den Planungen ist aber kein direkter Anschluss an den Stichkanal Salzgitter vorgesehen. Etwaige Güter müssten per LKW über die Hauptstraße zum nächsten Hafen gefahren werden. Der Anschluss per Bahn ist für die zukünftigen Grundstücksbesitzer nicht verpflichtend.